

LANDESARBEITSKREIS CHRISTLICH DEMOKRATISCHER JURISTEN

Baden-Württemberg

PRESSEMITTEILUNG

10. November 2015

CDU-Juristen fordern Rechtskunde für Flüchtlinge

Die ehrenamtlichen Helfer in den Flüchtlingsunterkünften leisten hervorragende Arbeit. Aber es gibt auch Lebenssachverhalte, bei denen nicht juristisch gebildete Laien überfordert sind. Der LACDJ fordert daher Rechtskundeunterricht für Flüchtlinge durch Richter. „Die Vermittlung der Werte der Demokratie, der Gleichberechtigung von Mann und Frau, der Toleranz, der Meinungs- und Religionsfreiheit sowie der Grundprinzipien unserer Rechtsordnung sollten Fachleuten vorbehalten werden“, so der Vorsitzende des LACDJ Dr. Alexander Ganter. Dafür seien insbesondere Richter, Rechtspfleger und Staatsanwälte besonders geeignet.

Gerade im Strafrecht weicht unsere Rechtsordnung teilweise erheblich von den Vorstellungen der Flüchtlinge ab. Daher müssen Asylbewerber mit Bleibeperspektive rechtzeitig und sachkundig informiert werden. Angesichts der Überlastung der Justiz könnte auch eine Reaktivierung von Pensionären in Betracht kommen.

Der LACDJ unterstützt und berät die baden-württembergische CDU bei rechts- und justizpolitischen Themen und trägt so zur Meinungsbildung bei. Im LACDJ findet sich das breite Spektrum der juristischen Berufsgruppen im Land wieder.